

Bericht Landtag

Einführung der neuen Bayerischen Mittelschule ist nur ein neuer Begriff für die Hauptschule. In den Dialogforen gab es nur zu diskutieren welche Schulen zusammengehen, weil sonst die Schule vor Ort geschlossen wird. Für die Zukunft wird erwartet, dass die Schülerzahlen zurückgehen und damit auch die Zahl der Mittelschulen bzw. der Schulstandorte.

Die Zahl der Lehrer wird bestimmt durch die Anzahl der Schüler. Die Lehrer werden nicht mehr einzelnen Standorten, sondern dem Mittelschulverbund zugewiesen.

Erwartung:

kleine Standorte werden geschlossen

Sterben der kleineren Standorte wird hinausgezögert.

Dieses Jahr geht die Zahl der Schüler in Hauptschulen zurück. Mögliches Ergebnis:

Zentralisierung der Schulen

Standorte mit weniger als 15 Schüler werden geschlossen.

Förderbedingungen der Schüler wird dadurch nicht verbessert.

Ziel sollte sein zu modularisieren in Kleingruppen aber nicht in mehr Stunden.

Proteststimmung im Land wurde durch die Dialogforen kanalisiert.

Inhalt der Mittelschule hat sich nicht geändert.

Kultusminister Spänle hat mit der Mittelschule die Leute beschäftigt und damit anderen

Diskussionen z.B. über die Inhalte verhindert.

Die Entscheidung über Schulschließungen wird damit auf die Räte vor Ort übertragen, weil diese über die Verbände entscheiden.

Es gibt vermehrt jahrgangskombinierte Grundschulklassen. Fazit: Die fallenden Schülerzahlen wird zur Schließung von Schulen führen.

Änderung der Finanzierung von Privatschulen

private Hauptschule: Finanzierung erfolgt nun nach der Schülerzahl des letzten Schuljahres nicht des aktuellen Schuljahres Folge: neue Karenzzeit für die Schule die zwischenfinanziert werden muß.

Es sollen in Zukunft keine verbeamtete Lehrer mehr an die Privatschulen mehr abgeordnet werden. Dies betrifft vor allen Dingen Montessori Schulen

Ganztageschulen

Die Kommune hat keinen Rechtsanspruch auf eine Ganztagschule

Ganztageschule steht unter dem Finanzierungsvorbehalt.

Finanzierung nach dem Ingolstädter Regelung: Dabei zahlen 5000 Euro pro Gruppen die Kommunen und der Staat (das Land) zahle die Lehrerstellen an der Schule.

Es gibt keine Konnexität bei Ganztagsfinanzierung Ziel der CSU ist es die zeitlichen Ausweitung und nicht die Verbesserung der Qualität.

Es gibt eine Unterscheidung zwischen gebundenen und offenen Ganztagsangebote

Es gibt ab Oktober eine Veranstaltungsreihe der Landtagsfraktion zu den Themen

Ganztagesbetreuung
Noten
Lehrerbild

Ländervergleich in der Bildung

eine kleine Spitze mit einem breiten Mittelfeld und die restlichen Ländern.

Die Untersuchung sagt nicht aus, an was es liegt.

Die Bildungsergebnisse hängen von der sozialen Herkunft und wirtschaftliche Leistung der Eltern ab.

Es gibt unterschiedliche Übertrittsquoten ins Gymnasium z.B. im Münchner Süden 70 – 80 %.

Es gibt einen starken sozialen Zusammenhang. Die sozialen Disparitäten, die in der Grundschule feststellbar sind, werden im Laufe der Schule noch größer. In der 9. Klasse gibt es einen Zusammenhang mit der sozialen Herkunft.

5 % Migranten sind an der FOS/BOS 2,5 % Migranten am Gymnasium

An der FOS / BOS gibt es eine Abbrecherquote von ca. 33 %. Bei den Migranten ist diese Quote bei 50 %.

Es gibt keinen Lernfortschritt bei der Leseleistung zwischen der 5ten und 9ten Klassen, weil es in diesen Klassen keine Leseförderung mehr gibt.

Es ist ein zusätzlicher Sprachunterricht für Migranten notwendig.

Die Migranten sind im Verhältnis zu deutschen Schüler besser in Englisch.

Die Lehrbücher in Bayern haben zwei zusätzliche Lektionen pro Schuljahr, weshalb Bayerische Schüler weiter sind als Schüler von anderen Bundesländern. Diese müssen bei einem Wohnortwechsel ein Schuljahr wiederholen.

Die Ergebnisse der Schulvergleiche müssen differenzierter betrachtet werden, dabei ist Kontinuität wichtig.

Es gibt keine Unterschiede in Englisch zwischen Schüler die Englisch bereits im 3. Schuljahr haben.

Es gibt von den Leistungen keinen Unterschied ob jemand das G8 oder G9 besucht hat.

Auswirkungen Volksentscheid Hamburg auf andere Länder

Stadt- vs. Flächenstaat

Vor Ort wird über den Schultyp entschieden

Leitplanken und Optionen müssen möglich sein.

Frage: Ist zweigliedrig das Ziel?

- In bestimmten Regionen wird es auch für das Gymnasium und Realschulen bei den abnehmenden Schülerzahlen eng.

Konsequenz aus Hamburger Volksabstimmung: Wer das Gymnasium angreift wird abgewählt. In Hamburg gibt es zum Gymnasium noch eine weitere Schule.

Bildungsnahe Schichten sind in Hamburg wählen gegangen und die bildungsfernen Schichten hat das Thema nicht interessiert.

Auch der zweite Zug führt ebenfalls zum Abitur

Stadtteilschule war das eigentliche Ziel in Hamburg und dies wurde erreicht. Nur das gemeinsame Lernen bis zu 6. Klasse wurde verhindert

In Bayern gibt es starke Lobby für die Realschule die gut organisiert ist. Diese wollen den Abstand zur Hauptschule halten.

Wir sollten deshalb stärker über Qualitätskriterien reden.

Stadtteilschulen müssen entsprechend mit Lehrern und Stoffangeboten aufgewertet werden.

Prestige des Gymnasium bleibt unangetastet.

Gesamtschulen kommen bei den Menschen nur infrage bei den Schülern die das Gymnasium nicht

schaffen.

Thema Freie Schulen

Dazu wird es ein Papier für die BAG geben. Dieses soll abgewartet werden bevor das Thema im LAK behandelt wird.

Fachgespräch: „Eine Chance für alle“

Problemschüler ohne Abschluss oder mit einem schlechten Hauptschulabschluss haben kaum eine Chance.

Lösungsansatz: Produktionsschule

Definition: Schulähnlicher Betrieb die auch etwas konkret produzieren. z.B. Schreinerei, Kantine usw. mit der Möglichkeit den Schulabschluss nachzuholen.

Hamburger Beispiel:

50 Plätze

bietet 3 Gewerke an.

Ab der 8. Klasse (1 x pro Woche) z.B. Praktika

Teilnehmer können jederzeit anfangen und auch wieder aufheben.

Teilnehmer entscheiden ob Sie kommen, wie oft und wie Sie bleiben.

Es gibt Teilnehmer die erst mal daneben stehen und schauen und sich erst später entscheiden mit zuarbeiten

In Hamburg ist das Projekt staatlich finanziert. In Bayern kommt das Geld aus verschiedenen Töpfen.

ca. 20 % der Teilnehmer aus dem Landshuter Modell gehen danach auf eine weiterführende Schule.

Es gibt Überlegungen die Berufsausbildung stärker zu Modularisieren. Der Vorteil ist die Flexibilität wenn es darum geht bestimmte Module zusätzliche zu erwerben. Insb. Die Gewerkschaften befürchten, dass die Arbeitgeber sich die Rosinen rauspicken und die „geringere“ Ausbildung dann auch in geringeren Löhnen führt.

Rechte der Behinderten (Inklusion)

Kooperationsklassen:

verschiedene Varianten

Förderschulen sollen mittelfristig abgeschafft werden.

Lehrer von der Förderschulen wechseln in die Regelschulen

Ein Lernziendifferenter Unterricht wird es erst dann geben, wenn die Lehrer damit konkret konfrontiert werden.

Lehrer müssen fortgebildet werden.

Es entstehen höhere Kosten wg. kleinerer Klassen und Lehrerkosten

Förderschulen

hängt von der Situation vor Ort ab, abhängig von der Meinung der Lehrer und Eltern.

Lehrerfortbildung wg. der Inklusion nutzt auch den schwächeren Schülern in den Klassen, weil diese von schlechten Lehrern bisher ignoriert wurden.

Es gibt unterschiedlichen Interessen z.B. bei Schulweg und Begleiter

Zu den Thema gab es im LAK eine kontroverse Diskussion. Die folgenden Punkte stammen von verschiedenen Teilnehmern, die unterschiedliche Positionen zu dem Thema vertreten haben.

Die im System sind z.B. Lehrer usw. wollen das bestehende System erhalten.

Bayern bezahlt seine Förderschulen am schlechtesten.

Der Gesetzgeber hat die Verantwortung die Inklusion umzusetzen und muss dafür geeignete Rahmenbedingungen z.B. in Lehrerbildung und Schulen.

UN-Konvention fordert einen Aktionsplan für Inklusion

80 % der Kinder auf Förderschulen sind dort wegen Problemen beim Lernen, Sprache und Verhalten. Sie wurden im Prinzip auf die Förderschulen abgeschoben.

10 % der Kinder in der Grundschule brauchen sozialpädagogische Unterstützung. ==> deshalb bekommt die Schulen Sozialpädagogen.

Inklusion und damit Beteiligung ist ein Menschenrecht.

Körperbehinderte (sehen, hören) und geistig Behinderte sollten eine Option haben, weiter Förderschulen zu besuchen.

Kultusminister Spänle hat bisher keine Informationen über Inklusion an die Schulen verschickt.

Förderschulen sollen erhalten werden, weil die Schüler dort geschützt sind und sich ohne Konkurrenzdruck besser entwickeln können.

Für Nürnberg wird es einen Bildungsplan geben der zur Zeit entwickelt wird.

(Bestanderhebung + Ziele + Wege dahin)

Lehrerstellen und Budget sollen auf die Regelschulen übertragen werden.

Schüler werden heute teilweise bei der Einschreibung bereits ausgesondert und in die Förderschulen abgeschoben. Ansatz: Bei Neueinschulung darf nicht mehr ausgesondert werden. Stattdessen gehen die Sonderpädagogen an die Regelschule

Weitere Information: Zeitschrift: Gemeinsam leben (Prof. Hans Wocken)